Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exemplare.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme entwickelt: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer enspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silber kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Das Bankgeschäft
von
Koppel & Co.
befindet sich Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 25. Juni. Die Konferenz nahm heute den Bericht der Sachverständigen über den französischen Vorschlag der Grenzregulirung entgegen; derselbe wurde von den Bevollmächtigten einstimmig angenommen. Morgen findet das Zusammentreten der Sachverständigen zur Berathung einiger unwesentlicher Detailpunkte statt. Die Bevollmächtigten werden Montag darüber beschließen und über die letzte formale Ausführung des von den Mächten der Konferenz übertragenen Mandats beschließen.

Restaurant C. Siegel, Traiteur,
Georgplatz Nr. 14,
Mittagstisch von 12 bis 1/4 Uhr. 1/1 und 1/2 Portionen, sowie Couvert à 1 M. und höher. Stammfrühstück, ff. Plauensches Lager-Keller, Culmbacher und Weissbier, Frankfurter Aepfelwein, grosses Wein-Lager.

England. Unterhaus. Labruchere meldet einen Antrag, die Annullirung des Beschlusses betr. Bradlaugh an.

Türkei. Die Antwort der Pforte betreffs Montenegros weist den Vorwurf eines Verschuldens der Pforte zurück. Der Kommandant von Podgoritza hätte bei Empfang der Nachricht nach 24stündiger Frist protestiren sollen. Die Pforte bietet Montenegro die in den abgetretenen Gebietstheilen eingehobene Steuern an.

Südamerika. In Buenos-Ayres hat am 22. ds. ein Zusammenstoß zwischen den Provinzial- und Nationaltruppen stattgefunden, wobei erstere geschlagen wurden. Ein Sturmangriff der letzteren auf die Stadt wurde vereitelt.

Nr. 178. Witterung vom 25. Juni: Barometer nach Osten Schold, Waffr. 19 (Abds. 7 Uhr) 758 Mill., seit gestern 1 Millim. gestiegen. Thermometergr. n. Reaum.: 13° W., niedr. Temp. 11° W., höchste 19° W. West-Wind. Bedeckt, abwechselnd Regen. Aussichten für den 26. Juni: Fortdauernd veränderlich, vorwiegend wolkig, stellenweis weitere Niederschläge. **Sonnabend, 26. Juni.**

Politisches.

Ein Diner beim Fürsten Bismarck, eine Sitzung des preußischen Gesammtministeriums, und das Schicksal der Kirchendiktaturvorlage ist entschieden. Die Führer der Ministeriell-Conservativen und der Nationalliberalen, v. Rauchhaupt und v. Bennigsen, nahmen beim Fürsten Bismarck ein opulentes Diner ein, nach dessen Schlusse bei Kaffee und Cigarren die Karten für das Spiel der 3. Lesung gemischt wurden. Das preußische Ministerium hat dann im Wesentlichen diese Festsetzungen zu billigen, sie in das Gewand eines ausführbaren Gesetzes einzukleiden und solchergestalt dem Landtage vorzulegen. Die genannten beiden Parteien haben einfach dafür zu stimmen. Die Sache ist dann gemacht. Möglich, ja wahrscheinlich, daß die Alt- und wirklich Conservativen noch einige Späne machen. Sie äußern sich höchst erbittert über die ganze Art des Vorgehens und die Lakaienrolle, die ihnen angesonnen wird, in dem Stücke zu spielen. Bezeichnend für das Verfassungsleben Preußens und die Verantwortlichkeit seiner Minister ist jedenfalls die Art, wie dieses Gesetz fabricirt wird. Fürst Bismarck hält sich von der Berathung persönlich fern; es verlautet keine Silbe über seine Ansicht von der Sache und seine Absichten. Der Kultusminister muß alle seine Beredtsamkeit aufwenden, den Bischof-Paragraphen durchzusetzen, da dieser Gesetzesartikel aus dem eigensten Willen des Kaiser-Königs hervorgegangen ist, der keinen sehnlicheren Herzenswunsch hat, als bei der Einweihung des Kölner Doms den Erzbischof Paulus Melchers das Hochamt celebriren zu sehen. Der Bischofsartikel wird durchgesetzt und nachher erhält der Kultusminister die trockene Mittheilung, daß dieser Artikel zu opfern sei, er solle ihn fallen lassen, die Altconservativen aber sollten nicht auf seine Aufnahme in's Gesetz bestehen. Wie sich der Kultusminister in diese demüthigende Preisgebung seines Werkes finden wird, ist seine Sache; die Altconservativen, bei denen sich noch ein Rest von Selbstständigkeit auch gegen oben hin erhalten hat und in deren Reihen sich nicht Streber und Gefügige wie bei den Freiconservativen finden, wollen aber dieses „Einschwenken auf Commando" nicht mitmachen, sie fordern ausdrücklich, daß Herr v. Puttkamer amtlich den Artikel zurückziehe und nicht dieses undankbare Geschäft ihnen überlasse. Solches wird denn auch geschehen und das Gesetz erhält einen nationalliberal-gouvernementalen Zuschnitt. Die Clerikalen bleiben von den Abmachungen ausgeschlossen. Das Gesetz kommt in einer Fassung zu Stande, die ihnen ein einmüthiges „Nein!" abnöthigt. Ohne Schuld sind sie hierbei nicht. Ihre Ansprüche gingen in's Maßlose. Selbst bei dem Artikel, der ihren mildthätigen Orden neue heilsame Wirksamkeit verleiht, genügte ihnen das Entgegenkommen des Staates in keiner Weise. Die Krankenpflege durch barmherzige Schwestern, welchen die Falk'schen Maigesetze thörichter Weise Beschränkungen auferlegten, wird wieder zu voller segensreicher Thätigkeit zugelassen. Statt dafür dankbar zu sein, fordert das Centrum die Pflege der Waisen und die Erziehung der Jugend durch Klostergeistlichkeit und verwirft die staatliche Controle der Orden, die sich mit der Krankenpflege befassen. Als ob dadurch die humane Wirksamkeit der Orden beschränkt werde! Als ob jemals ein moderner Staat daran denken könnte, Mönchen und Nonnen wiederum die Jugenderziehung anzuvertrauen! Hierzu brauchen wir keine Klöster. Wenn nur der Staat nicht alle Mittel für's Militär verwendet, dann hat er genug übrig für die Schule, die Erhöhung der Volksbildung und eine sittlich-religiöse Jugenderziehung, ohne sich dazu der Mönche und Nonnen bedienen zu müssen; dann kann der Staat auch seinerseits ausgezeichnete weltliche Krankenpflegerinnen heranbilden. Die Diakonissinnen, die Krankenpflege der Johanniter und namentlich die Albertinerinnen in Sachsen geben leuchtende Beispiele, was der Staat auf diesem weiten Felde der Humanität leisten sollte.

Gambetta wird allgemein von den Franzosen als Diktator der Republik behandelt, begrüßt, verhöhnt oder verdächtigt, je nachdem. Jeder Satz seiner Rede begann mit einem Je und endigte mit einem Moi. „Die Republik bin ich, Frankreich heißt Gambetta." Diesen Eindruck haben Freund wie Feind aus seinem persönlichen Auftreten gewonnen. Nicht die Gewährung der vollen Amnestie war der eigentliche Zweck, weshalb Gambetta den Präsidentensitz verließ und in allen Registern seines mächtigen Organs donnerte; er wollte vor Frankreich den Beweis liefern, daß Niemand wie er der Herr der Geschicke des Landes sei, indem er eine so tiefgreifende Maßregel durchsetzte. Daher fordern, nicht unlogisch, sowohl die Monarchisten wie die Radikalen, daß Gambetta, da er der Herr Frankreichs sei, auch die Gewalt übernehme. Zu dieser Consequenz gelangt er auch selbst, aber daß er, welcher Präsident der Republik bei den Neuwahlen werden will, vorher noch Präsident des Ministeriums werde, diese Zwischenstufe zur höchsten Gewalt will Gambetta nicht beschreiten. Tritt Freycinet, von ihm jetzt völlig in den Schatten gestellt, zurück, so nimmt Jemand seinen Platz ein, der nicht Gambetta heißt. Als Premierminister besorgt er sich abzunützen. Gerade deshalb hetzen ihn seine radikalen Hintermänner, besonders Clémenceau, auf die Leitung des Kabinets. Er kennt natürlich den Grund dieser Zärtlichkeit. Da die Radikalen ihre kühnsten Forderungen sich in traumhaftem Fluge erfüllen sehen, so würde (calculiren sie) Gambetta, von unten immer weiter gedrängt, bald nicht mehr Herr der Bewegung sein und noch radikaleren Elementen Platz machen. Die Revolutionäre trauen sich bekanntlich stets die Kraft zu, der von ihnen entfesselten Bewegung ein Halt zu gebieten, während die noch Radikaleren sie nur noch zu steigern beflissen sind. Die Zukunft wird zeigen, ob Gambetta Kraft und Fähigkeit besitzt, diesem Naturgesetze zu widerstehen; ob er die Strömung in gesetzmäßige Bahnen leiten oder von ihr weggeschwemmt werden und in ihr untergehen wird.

Zunächst sucht er die Thatkraft des verjüngten Frankreichs nach Außen abzuleiten. Frankreichs Einfluß beherrscht die griechische Konferenz vollständig. Deutschland sieht es nicht ungern, wenn Frankreich ein Feld seiner Thätigkeit im fernen Oriente sucht und unterstützt daher die großgriechischen Pläne der Franzosen bestens. Ob Oesterreich, unser bester Alliirter, dies so freundlich aufnimmt, fragt Bismarck erst in zweiter Linie. Mit ausführlichen Details der von den Diplomaten beabsichtigten Veränderung der Landkarte wollen wir die Leser verschonen. Bald heißt es, man beabsichtige einige „Veränderungen auf dem Olymp" (die Türken sollten die höheren Spitzen des Götterberges behalten, die Griechen sich mit den niedrigeren begnügen), bald will man den Griechen den Buthrontosee und die Cazorigemeinden geben, bald versagen. Ueber die Abtretung der großen Stadt Janina ist man hingegen einig. Die beste Kritik über das ganze Werk der Konferenz lieferte der Berliner Lokalwitz. Die Griechen sollen Janina erhalten, d. h. die Griechen sagen Ja, die Türken Nie, Fürst Hohenlohe (Konferenzpräsident) Na! da habt Ihr Janina. Der türkische Gesandte Sadullah Bey hat bei einem Besuche dem Fürsten Hohenlohe keinen Zweifel gelassen, daß „von dem Augenblicke an, wo Griechenland den Aufruhr nach Albanien tragen sollte, die Türkei sich der Verpflichtung nicht entschlagen könnte, ihre Unterthanen gegen eine fremde Invasion zu schützen. Ausreichende Militärkräfte besitze der Sultan an Ort und Stelle dazu". Also wäre das Werk der Konferenz ein griechisch-türkischer Krieg. Wäre er es nur allein! Alles läßt vielmehr besorgen, daß der Teufel auch in Ostrumelien losgeht. Die Bulgaren warten nur auf das Loosungswort von Rußland, um in Ostrumelien einzubrechen und die durch den Berliner Frieden verbotene Vereinigung beider Länder gewaltsam zu vollziehen. In geheimer Zusammenkunft der beiderseitigen Führer in Slivno wurde der Plan verabredet. Der Gouverneur Ostrumeliens, Aleko, hat bereits die Hauptstadt Philippopel verlassen, so daß die einrückenden Bulgaren keine Regierungsgewalt mehr vorfinden. Dafür wird Fürst Alexander von Bulgarien von den vereinigten Rumelioten und Bulgaren eingeladen, sich der Regierung zu bemächtigen. Geldmittel sind vorhanden, ein russisches Loosungswort und es wird losgeschlagen.

Bradlaugh hat nicht lange im Parlamentscarcer gesessen. Das Unterhaus ließ ihn bereits wieder frei. Alle Welt giebt zu, daß das Unterhaus einen schweren Fehler beging und dem Skandalmacher Bradlaugh zu einem ungeheueren Triumph verhalf. Derselbe mußte zum Eide zugelassen werden, das war sein Recht. Abscheulich ist allerdings seine Ankündigung, auf einen Eid zu pfeifen. Aber das Unterhaus hat nicht über das Gewissen zu richten. Jetzt hat es sich in direkten Gegensatz zu den Gerichten Englands gesetzt, die Bradlaugh wiederholt zum Eide zuließen. Der Fall wird noch die ordentlichen Gerichte beschäftigen, da man annimmt, daß das Haus ein bestehendes Gesetz verletzt habe. Das schrie auch Bradlaugh mehrmals ins Haus hinein, ehe und bis ihn der Serjeant mit dem Stabe berührte und damit Hand an ihn legte. Als er abgeführt wurde, sprangen die Konservativen und hochkirchlichen Whiggs mit Jubelgeschrei auf, schwenkten Hüte und Taschentücher und umarmten sich. Das Unterhaus züchtigte den Gottesleugner. In keinem Lande hat man für die Erscheinung des Unglaubens so wenig Empfänglichkeit, wie in England; dieses Land betrachtet den Glauben an Gott mit Recht als eine unantastbare Vorbedingung für Staat und Gesellschaft. Aber das Unterhaus verfuhr in seinem Eifer unbesonnen. Gladstone hat sich seiner Aufgabe, das Haus zu führen, schlecht gewachsen gezeigt. Die Leitung entglitt ihm in die Hände der Konservativen. Er nahm nicht das Wort, als ihn alle Welt rief. Seine Stellung ist erschüttert. Als kirchlicher Eiferer und puritanischer Zelot für einen Atheisten sprechen zu müssen, ward ihm sauer, er schwieg und ließ seine Feinde für sich handeln. Der Fall Bradlaugh wird uns noch mehrfach beschäftigen, ebenso die Person des von den Demokraten Nordamerikas als Präsidentschafts-Candidat aufgestellten General Hancok.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 25. Juni. Die Botschafterkonferenz wird voraussichtlich morgen ihre Arbeiten beschließen können, nachdem sie eine neue türkisch-griechische Grenze gezogen hat. Die Botschafter referiren dann ihren Mächten, worauf identische Mittheilungen bezüglich des Konferenzbeschlusses seitens der Mächte nach Konstantinopel erfolgen werden. Man meint, daß die Konferenzarbeit alle thatsächlichen Verhältnisse derartig in Betracht gezogen hat und daß die Uebereinstimmung der Mächte eine so imposante ist, daß zur schließlichen Durchführung der Beschlüsse ein besonderes exekutivisches Vorgehen entbehrlich sein wird.

Berlin, 25. Juni. Im Abgeordnetenhause begründete Dr. Virchow seine Interpellation bezüglich der Verlegung der Zollgrenze an der unteren Elbe. Nach einer Schilderung der enormen und überflüssigen Kosten dieser Zollgrenzverlegung an die Elbmündung bemerkt Redner: Der kleine Staat Hamburg sei mindestens sehr unfreundlich behandelt worden. Die Eile, mit welcher die Hamburger Zollgrenz-Angelegenheit im Bundesrathe betrieben worden, habe beklemmend gewirkt. Schmerzlich habe es in weiten Kreisen Deutschlands berührt, daß man im Bundesrathe zu einem dem klaren Willen des Reichstages entgegen stehenden Beschlusse gedrängt habe. Ein selbstständiger Bundesrath hätte vielleicht „Nein!" gesagt. Die preußische Regierung spiele nun Versteckens, indem sie sich durch den von ihr hervorgerufenen Bundesrathsbeschluß decke. Seine Interpellation sei allerdings eine Frage des Mißtrauens, aber nicht gegen den Finanzminister. Hamburg sei der billige Wunsch um Anstellung einer Enquete versagt und so der arme Bundesrath zu seinem Ja gedrängt worden, wollte er nicht den höchsten Zorn des höchsten Mannes erregen. Wenn die preußische Regierung unfreundlich gegen einen Bundesstaat sei, dann sei es nützlich, wenn wenigstens der preußische Landtag freundlich gegen denselben sei. Finanzminister Dr. v. Bitter verlas eine kurze Entgegnung, wonach umfassende Erörterungen stattgefunden haben; bezüglich der Kosten würden dem Reichstage Unterlagen zugehen. Die Regierung lehne eine Verantwortung bezüglich der Beschlüsse des Bundesrathes und ihrer Stellung zu demselben dem Abgeordnetenhause gegenüber ab. Richter-Hagen: Die Antwort des Herrn Ministers sei formell eine Antwort, aber nicht thatsächlich. Einzelne Wendungen verriethen den Styl des Reichskanzlers Fürsten Bismarck. Man weise den Abgeordneten eine unwürdige Stellung an, indem man sie darauf beschränke, die Rechnung zu bezahlen. Wenn man den Interessen Hamburgs so scharf zu nahe trete, fördere man die Ausbreitung der Sozialdemokratie, die dort Dank der Kanzlerpolitik schon so umfangreich geworden. Der Kanzler suche sich neuerdings immer durch den Kaiser, anstatt die Person des Kaisers zu decken. Die Deputation von Altona gegen die Einverleibung fand nicht die freundliche Aufnahme wie die für die Einverleibung — der Reichskanzler war gerade krank (Heiterkeit). Die Deputation irrte von einem Ministerium zum andern, schließlich scheine sie noch vom Kultusminister von Puttkamer empfangen worden zu sein (Heiterkeit). Redner führt an der Hand von Zahlen aus, daß das preußische Hinterland durch die neue Zollinie schwer geschädigt worden. Eine solche Behandlung, wie sie Hamburg erfahren, passe sich nicht für einen Staat wie Preußen (Hoho!). Eine solche Behandlung eines Bundesstaates, wie sie dem bayerischen Gesandten widerfahren, passe sich nicht (Hoho!). Ebenso müsse er gerade als preußischer Abgeordneter auch gegen die Behandlung des Reichstags durch den Kanzler protestiren. Das Verfahren des Kanzlers sei rücksichtslos gegen einen Bundesstaat, rücksichtslos gegen einen Nachbarstaat, rücksichtslos gegen die eigene Volksvertretung. Er stoße Alle vor den Kopf, selbst seine besten Freunde. Mit einer solchen aufregenden Politik könne es auf die Dauer nicht gehen, sie zerstöre allen Handel und Wandel. (Beifall und Zischen.) Dr. Windthorst: Eine Volksvertretung sollte solche Fragen nur anregen, wenn sie die Mittel besitzte, ihren Anschauungen Geltung zu verschaffen. Es werde sich finden, ob man an die Beschlüsse des Bundesrathes bezüglich Altonas gebunden sei, wenn die Frage der Bewilligung der erforderlichen Mittel herantrete. So lange Hamburg nicht in den Zollverein treten will, soll man es weder direct noch indirect dazu zwingen. Das Streben gehe jetzt dahin, den letzten Rest der Selbstständigkeit der Bundesstaaten zu beseitigen oder einzuschränken. — Dann begründet Huene eine zweite Interpellation betreffs des Nothstandes in Oberschlesien. Man müsse dem Lande die Mittel geben, sich selbst zu erhalten, namentlich durch Eisenbahnbauten. Die Minister Bitter und Maybach sagen thunlichste Beschleunigung zu. v. Schorlemer-Alst begründet seine Interpellation bezüglich Vorkehrungen gegen einen infolge der Frühjahrsfröste u. s. w. etwa drohenden Nothstand. Die Anschauungen über Ernteaussichten seien sehr verschieden, weshalb sich eine staatliche Enquete empfehle. Wünschenswerth würden die Vertheilung von Saatkorn, möglichste Beschränkung der militärischen Uebungen u. s. w. sein. Minister Dr. Lucius: Die Regierung sei aufmerksam den Ernteaussichten gefolgt und habe Ermittelungen angestellt, doch könne er immer noch keine erschöpfende Mittheilungen machen. Die Ernteaussichten seien im Allgemeinen nicht ungünstig, ja in einzelnen Landestheilen sehr günstig. Für Sommergetreide, Weizen, Kartoffeln seien die Aussichten nicht ungünstig, wohl aber der Stand des Roggens in einzelnen Provinzen. Die gegenwärtigen Roggenpreise könne man nicht als Beweis für einen drohenden Nothstand betrachten; sie erschienen nur im Vergleich zu den letzten beiden Jahren hoch. Die Regierung habe bereits etwa die vom Interpellanten angegebenen Vorbeugungsmaßregeln ergriffen; er erachte es aber für gefährlich, gewissermaßen offiziell von vornherein einen Nothstand zu proklamiren. Richter-Hagen will über die Kornzölle sprechen. (Lärm.) Ja wohl, entgegnet er, das paßt Ihnen nicht, aber Sie machen auf diese Weise die Kornzollfrage im Lande nicht todt. Nachdem sich der Lärm gelegt, führt Richter aus, daß nicht nur die Aussichten auf schlechte Ernte die Kornpreise vertheuert hätten, sondern daß hierzu auch die Kornzölle nicht unwesentlich beigetragen hätten. Die armen Leute seien jetzt schlimm daran, da sich die Löhne nicht entsprechend erhöht hätten. Dazu kommen zahlreiche Arbeiterentlassungen in der Kohlen- und Eisenbranche. v. Heydebrand für die Kornzölle, die namentlich für den kleinen Landmann einen Schutz gegen die Spekulation bildeten. Er hoffe, daß Richter vom Saulus noch zum Paulus werde.

Berlin, 25. Juni. An der Berliner Börse wurde eine Sammelliste für die Ueberschwemmten in der preußischen und sächsischen Oberlausitz ausgelegt und 6000 Mark gezeichnet.

Ragusa, 25. Juni. Der englische Konsul Green hat seine Mission, die Albanesen zu beschwichtigen, als gescheitert aufgegeben. Die Albanesen organisiren einen Widerstand, um die Abtretung von Dulcigno zu verhindern. Die albanesischen Stämme nehmen die Waffen wieder auf.

Berliner Börse vom 25. Juni. Reportirungs-Transaktionen nahmen auch heute die Börse fast ausschließlich in Anspruch und ließen andere Abschlüsse vollständig in den Hintergrund treten. Nichtsdestoweniger behaupteten sich die Anfangscourse auf gestriger Höhe und büßten im Verlauf unerheblich ein. Der Prolongationssatz stellte sich wieder auf circa 6 Procent und erleichterte durch diesen verhältnißmäßig flüssigen Geldstand erheblich die Engagementsablösungen. Schönherr gefragt, übrige Sächsische Werthe behauptet.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König kam gestern Vormittag von Pillnitz nach dem königl. Residenzschloß, um daselbst die Meldungen der Herren Offiziere, u. A. die des Kommandeurs des 2. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 28 Herrn Oberst von Schweingel und demnächst die Vorträge der Herren Staatsminister sowie die Rapports der höheren Hofchargen ꝛc. entgegenzunehmen. Die Rückfahrt nach Pillnitz erfolgte Nachmittags in der 3. Stunde. Auch S. K. H. Prinz Georg kam von seiner Villa Hosterwitz aus nach der Residenz und begab sich behufs Erledigung von dienstlichen Angelegenheiten nach den auf der Klostergasse 11 gelegenen Bureaus des königl. General-Kommandos. Die Rückkehr nach Hosterwitz erfolgte Nachmittags 1/2 2 Uhr.

— Der Herr Kriegsminister von Fabrice hat unmittelbar nach Rückkehr von Petersburg die Leitung seiner Amtsgeschäfte wieder übernommen.

— Auch in Berlin regt sich die Mildthätigkeit zu Gunsten der durch Wasserfluthen Geschädigten in der preußischen und sächsischen Oberlausitz und im Harze. Ein Comité der geachtetsten Namen ist zusammengetreten, dem sächsischerseits angehören die in Berlin lebenden Herren: v. Nostitz-Wallwitz, Gesandter, v. d. Planitz, Militär-Bevollmächtigter, Dr. Rentzsch, Reichstags-Abg. für Zittau, Graf Vitzthum, k. sächs. Hauptmann. Von größeren Gaben registriren wir bei diesem Anlaß 2000 M. von dem bekannten Wohlthäter, unserem Dresdner Ehrenbürger Johann Meyer, sowie 500 M. vom Rittergutsbesitzer Kap-Her auf Lockwitz.

— Gestern wurden auf dem Altmarkte große Marmorblöcke für das Postament des Siegesdenkmals angefahren. Auf dem einen Marmorstück liest man: Beaumont, Sedan, Metz, Paris.